

8. Kohäsionsbericht 2022

Kohäsion in Europa bis 2050.

Der achte Bericht der Europäischen Kommission zu Europas wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Kohäsion liefert einen Überblick über die Entwicklung der regionalen Ungleichheiten in den letzten Jahren und wirft einen Blick in die Zukunft der europäischen Regionen.

Stand: Mai 2022



8. Kohäsionsbericht 2022

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	3
2	INHALTLICHER ÜBERBLICK	3
2.1	Erfolge der Kohäsionspolitik	3
2.2	Licht und Schatten	4
2.3	Auswirkungen der COVID-19-Pandemie	4
2.4	Erwartbare Ergebnisse	4
2.5	Ein Blick nach vorne	5
2.6	Kritische Betrachtung durch den Ausschuss der Regionen (AdR)	6
2.7	Schlussfolgerungen des Rates	7
3	BETRACHTUNG AUS STÄDTISCHER – UND KONKRET WIENER – SICHT	7
3.1	Die urbane Dimension	7
3.2	Wien im europäischen Vergleich	8
3.3	Mit Blick auf die Verwaltung von Strukturfondsmittel	10
4	DEUTSCHSPRACHIGE KURZFASSUNG DER EINZELNEN BERICHTSKAPITEL	11
4.1	Kapitel 1: Die regionale Dimension der COVID-19-Pandemie	11
4.2	Kapitel 2: Ein smarteres Europa	13
4.3	Kapitel 3: Ein grüneres und CO2-armes Europa	15
4.4	Kapitel 4: Ein stärker vernetztes Europa	18
4.5	Kapitel 5: Ein sozialeres und inklusiveres Europa	19
4.6	Kapitel 6: Ein bürgernahes Europa	21
4.7	Kapitel 7: Eine bessere öffentliche Verwaltung	23
4.8	Kapitel 8: Nationale Investitionen und Kohäsion	24
4.9	Kapitel 9: Der Einfluss der EU-Kohäsionspolitik	25
4.10	FAZIT	27

8. Kohäsionsbericht 2022

1 Einleitung

Die Europäische Kommission (EK) veröffentlichte am 9.2.2022 den achten Kohäsionsbericht, der wie seine Vorgänger (und wie im Art. 175 des AEUV festgelegt) ein umfassendes Bild vom sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt in der EU zeichnen soll. Anhand von Indikatoren wie Wohlstand, Beschäftigung, Bildungsniveau, Zugänglichkeit und Governance wird die Entwicklung der regionalen Ungleichheiten in den letzten Jahren untersucht. Auch wenn der Titel des Berichts „**Cohesion in Europe towards 2050**“ das Ziel formuliert, nicht nur bereits Erreichtes, sondern auch das, was im Programmplanungszeitraum 2021-2027 noch getan werden muss, aufzuzeigen, wird dem Ausblick wenig Raum gegeben.

Im Kohäsionsforum vom 17. und 18. März 2022 wurde der Bericht mit den Vertreter*innen von EU-Institutionen, nationalen, regionalen und lokalen Behörden aller Mitgliedstaaten, Sozial- und Wirtschaftspartnern, Nichtregierungs-organisationen und Vertreter*innen von Hochschulen und Wissenschaft diskutiert. Vom Ausschuss der Regionen (AdR) liegt derzeit eine Ersteinschätzung vor, eine ausführliche Stellungnahme im Plenum ist geplant. Die EK hat zeitgleich eine Mitteilung zum Bericht veröffentlicht. Ratschlussfolgerungen zum 8. Kohäsionsbericht werden unter französischer Präsidentschaft im Juni 2022 erwartet.

Die vorliegende Zusammenfassung gliedert sich in

- einen inhaltlichen Überblick,
- eine detailliertere Betrachtung aus städtischer – und konkret Wiener – Sicht und
- eine deutschsprachige Kurzfassung der einzelnen Berichtskapitel.

2 Inhaltlicher Überblick

2.1 Erfolge der Kohäsionspolitik

Erwartungsgemäß will der Bericht zunächst darlegen, inwiefern die Kohäsionspolitik die EU-Regionen bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und der Bewältigung ihrer Herausforderungen unterstützt.

So wird beispielsweise aufgezeigt, dass

- dank der kohäsionspolitischen Investitionen im Zeitraum 2014–2020 das Pro-Kopf-BIP der weniger entwickelten Regionen bis 2023 um bis zu 5 % steigen dürfte;
- die Kohäsionsmittel von 34 % im Programmplanungszeitraum 2007-2013 auf 52 % der gesamten öffentlichen Investitionen im Programmplanungszeitraum 2014-2020 stiegen;
- sich die Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten beschleunigt hat;
- die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen zwischen 2012 und 2019 um 17 Millionen zurückging.

8. Kohäsionsbericht 2022

2.2 Licht und Schatten

Nicht verschwiegen wird allerdings auch, dass zwar seit 2001 die weniger entwickelten Regionen in Osteuropa gegenüber der übrigen EU aufholen, Regionen im Süden und Südwesten der EU aber wirtschaftliche Stagnation oder Niedergang erleben (der Bericht spricht von einer Entwicklungsfalle). Auch die grundsätzliche Zunahme der Beschäftigung konnte die Verstärkung der regionalen Ungleichheiten durch die Krise im Jahr 2008 noch nicht wieder wettmachen. Mangelnde F&E-Investitionen und Schwächen in den Innovationsökosystemen der am wenigsten entwickelten Regionen vergrößerten die Innovationskluft zwischen den Regionen in Europa. Das Niveau der tertiären Bildung steigt, jedoch ist nach wie vor ein sehr starkes Stadt-Land-Gefälle feststellbar.

Auch wenn das Ziel für 2020, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 20 % zu senken, im EU-Durchschnitt vermutlich erreicht wurde, sind zwischen 1990 und 2018 die Treibhausgasemissionen in mehreren Regionen der EU weiter gestiegen. Gerade in Städten ist die Exposition gegenüber Luftschadstoffen oft noch zu hoch, obwohl die Luftverschmutzung in der EU insgesamt deutlich zurückgegangen ist.

2.3 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Der Bericht wurde mit einer Verzögerung von beinahe zwei Jahren veröffentlicht. Der Grund dafür liegt wahrscheinlich in der zwischenzeitlich eingetretenen Corona-Krise, deren Auswirkungen das erste Berichtskapitel gewidmet ist. Zwischen März 2020 und Ende 2021 lag die Übersterblichkeitsrate in den weniger entwickelten Regionen mit 17 % deutlich höher als in den stärker entwickelten Regionen (12 %) und den Übergangsregionen (11 %). Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie waren am meisten in den südlichen Regionen zu spüren, in denen die Wirtschaft stärker vom Tourismus und von personennahen Dienstleistungen abhängig ist. Der EU-Kohäsionspolitik gelang es allerdings, schnell auf die Anforderungen der Krise zu reagieren, indem sie sowohl mehr Mittel zur Verfügung stellte, als auch eine höhere Ko-finanzierungsrate erlaubte.

2.4 Erwartbare Ergebnisse

Manche Erkenntnisse des Berichts überraschen nicht:

- Im Vergleich zu einem Drittel aller Stadtbewohner*innen hat nur ein Sechstel aller Landbewohner*innen Zugang zu Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen.
- E-Commerce und E-Business-Technologien werden von Unternehmen in stärker entwickelten Mitgliedstaaten besser genutzt.
- In weniger entwickelten Regionen ist der Anteil der Erwachsenen, die an allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen, nicht einmal halb so hoch wie in stärker entwickelten Regionen (5 % gegenüber 12 %).
- Nur jedes dritte lokale, regionale und nationale Amt wurde 2020 von einer Frau bekleidet, in den östlichen Regionen ist der Frauenanteil in den Regionalversammlungen besonders niedrig.
- Die Bevölkerung in der EU altert und wird in den kommenden Jahren abnehmen. 2020 lebten 34 % der EU-Bevölkerung in einer schrumpfenden Region. Dieser Anteil wird den Prognosen zufolge auf 51 % im Jahr 2040 steigen.

8. Kohäsionsbericht 2022

2.5 Ein Blick nach vorne

Die den Bericht begleitende Mitteilung der Kommission richtet den Blick stärker in die Zukunft und identifiziert einige große Herausforderungen für die EU-Regionen:

Die Potentiale, die sich im Zuge des grünen und des digitalen Übergangs ergeben, könnten durch eine Verstärkung der internen wirtschaftlichen und sozialen territorialen Ungleichheiten gefährdet werden. Daher gilt es, entsprechend geeignete politische Maßnahmen zu treffen. Ebenso müssten Maßnahmen ergriffen werden, um die Entwicklungsfallen, also lange Phasen ohne größeres BIP-pro-Kopf-Wachstum, in entwickelten und weniger entwickelten Regionen zu durchbrechen. Beim Kohäsionsforum, das die Veröffentlichung des Berichts begleitete, sprach sich der Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz für die umfassende Notwendigkeit von Kohäsionspolitik aus. Dabei betonte er auch das Versagen neoliberaler Ansätze, die zu einer weiteren Verschärfung der territorialen Ungleichheiten beigetragen hatten. Die Hinwendung zu keynesianistischen Ansätzen, die auf die wirtschaftlichen Multiplikatoreneffekte öffentlicher Investitionen verweisen, spiegelt sich auch im Kohäsionsbericht selbst wider.

Zu den weiteren Herausforderungen zählt der demografische Wandel, der sich besonders in einem Schrumpfen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der Überalterung bemerkbar machen wird. Damit einhergehend werden die Anpassung der Unternehmen und das Entwickeln von nötigen Qualifikationen eine wichtige Aufgabe sein. Gleiches gilt für die Adaptierung des Schul- und Gesundheitswesens. Das heute schon wachsende Innovationsgefälle durch mangelnde Investitionen in Forschung und Entwicklung wird sich weiter vergrößern. Und last but not least bleibt der soziale Zusammenhalt durch soziale Ausgrenzung und Armut gefährdet und ist die Rückkehr zum positiven Vor-Krisen-Trend bei der Armutsbekämpfung notwendig.

Diesen Herausforderungen der EU-Kohäsionspolitik soll durch die Auseinandersetzung mit den neuen Ursachen für Ungleichheiten, mit einer Stärkung der Rolle der Regionen beim Aufbau der Zukunft Europas und mit der Entwicklung von Instrumenten für die Kohäsion bis 2050 begegnet werden.

Der Beitrag der Kohäsionspolitik in der Periode 2021-2027 zur Bewältigung der genannten Herausforderungen soll über unterschiedliche Instrumente und Investitionsbereiche erreicht werden. So sollen etwa der Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund JTF) für sozioökonomische Auswirkungen des Übergangs zur Klimaneutralität genutzt und Investitionen in den digitalen Wandel gefördert werden. Zur Durchbrechung von Entwicklungsfallen sollen Strategien intelligenter Spezialisierung angewandt und Sektoren mit hoher Wertschöpfung besetzt werden. Dabei darf allerdings die Diskrepanz zwischen verstärkter Spezialisierung und einer für eine Krisensituation resilienten, diversifizierten Wirtschaft nicht vergessen werden. Auch die Vereinfachung und Flexibilisierung der Kohäsionspolitik, die bereits in der Programmperiode 2021-2027 zur Anwendung kommt, soll den Entwicklungsfallen entgegenwirken. Die Annäherung an die Bürger*innen soll durch Setzung eines neuen politischen Ziels „bürgernäheres Europa“, unter Beteiligung lokaler Akteur*innen erreicht werden.

8. Kohäsionsbericht 2022

2.6 Kritische Betrachtung durch den Ausschuss der Regionen (AdR)

Der Ausschuss der Regionen weist in seiner Ersteinschätzung zu Recht darauf hin, dass sich der Bericht ausschließlich auf die Effekte der Kohäsionspolitik beschränkt und keine Aussagen über den Einfluss anderer Politiken auf den Zusammenhalt in der EU enthält. Auch wenn die Kohäsionspolitik einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung des grünen, digitalen und demografischen Wandels liefern kann, wird die wirtschaftliche, soziale und territoriale Kohäsion zwischen den europäischen Regionen in den Zeiten des Wandels nicht ohne das Mitwirken aller EU-Politikbereiche sichergestellt werden können. Das Argument, dass die europäischen Bürger*innen nur unter dem Eindruck, europaweit über faire Chancen zu verfügen, auch an den Zielen für 2030 und 2050 mitwirken werden, ist ein schlagendes.

Als Beispiel für die ungenügende Betrachtung anderer Politiken und ihres Einflusses auf die Kohäsion wird u.a. die Forschungsförderung Horizon angeführt. Der europaweite Vergleich zeigt, dass ein großer Teil der Fördermittel in nur einem kleinen Teil der europäischen Regionen investiert wird. Hier bestünde Bedarf an besseren Synergien und Zusammenarbeit. Desgleichen fehle eine Verbindung zwischen der Kohäsionspolitik und dem Europäischen Semester, wodurch die Rolle der Kohäsionspolitik bei der Unterstützung oder dem Auslösen von Strukturereformen aufgezeigt werden könnte.

Seitens des AdR wird darüber hinaus die Gefahr gesehen, dass Brüssel und die Mitgliedstaaten das System der Aufbau- und Resilienzfazilität künftig den Mechanismen der Kohäsionspolitik vorziehen könnten.

Die Forderungen des AdR nach mehr Investitionen in den Bereichen soziale Kohäsion, inklusive Entwicklung oder lebenslanges Lernen, können nur unterstützt werden. Gleiches gilt für die Notwendigkeit, soziale Klimapolitik oder strategische Abhängigkeiten immer auch mit einem regionalen Fokus zu betrachten sowie mit Hilfe territorialer Impact Assessments auf die speziellen Bedürfnisse der einzelnen Regionen besser einzugehen. Auch die Forderung, das Konzept der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion mit jenem der digitalen Kohäsion zu ergänzen, erscheint unterstützenswert.

Spezielles Augenmerk sollte auch auf die Feststellung gelegt werden, dass der vorliegende Bericht keine tiefergehende Analyse regionaler Gesundheitssysteme – bzw. interregionaler Kooperation im Pflegebereich und Krisenprävention – bietet. Besonders in Pandemiezeiten ein erhebliches Manko.

In der Mitteilung der Kommission finden sich – wie oben erwähnt – mehr Details im Hinblick auf die künftige Entwicklung. Manche Absichtsbekundungen sind nicht neu, wie beispielsweise eine verstärkte Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen oder die Stärkung der grenzüberschreitenden und interregionalen Kooperation. Wo genau das Verbesserungs- oder Intensivierungspotential liegen könnte, wird allerdings nicht diskutiert. Grundsätzlich werde auch der europäischen territorialen Kooperation zu wenig Platz eingeräumt, was besonders angesichts der Herausforderungen, denen sich manche Grenzregionen während der Covid-Lockdowns gegenübersehen, bedauert wird.

Zu Recht kritisiert der AdR, dass der Ausblick auf die Zukunft der europäischen Kohäsion im Bericht hauptsächlich auf Basis von Modellrechnungen zum Einfluss der Kohäsionsmittel auf das künftige regionale BIP stattfindet. Es fehlen aber detailliertere Aussagen zu möglichen künftigen Gefahren für

8. Kohäsionsbericht 2022

den positiven Zusammenhalt der Regionen, zur konkreten Rolle, die Regionen für die Zukunft Europas spielen könnten, oder zu neuen Instrumenten und einer Weiterentwicklung der EU-Kohäsionspolitik.

Der AdR führt einige Themengebiete an, welchen er sich **verstärkt widmen** bzw. zu welchen er **Vorschläge vorlegen** könnte. Dazu zählen u.a. die Tankinfrastruktur für alternative Treibstoffe, der Fokus auf regionale Gesundheitssysteme, die Rolle der Metropol- und Hauptstadtregionen für die Kohäsion, Migrant*innen als Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung, der Einfluss des Bevölkerungsrückgangs auf öffentliche Dienstleistungen sowie verstärkte Aufmerksamkeit für grenzüberschreitende und interregionale Kooperation. Hier könnte eine Möglichkeit für ein noch stärkeres Wiener Engagement liegen.

2.7 Schlussfolgerungen des Rates

Der derzeit vorliegende Entwurf der Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht und der ihn begleitenden Mitteilung der Kommission unterstreicht u.a. die aufgeworfenen Forderungen nach einer durchgängigen „doing no harm to cohesion“ Politik und einem „place-based“ Ansatz der Kohäsionspolitik. Dabei sollen vor allem auch gemeinsame Lösungen auf regionaler, subregionaler und interregionaler Ebene entwickelt werden. Die Antworten der Strukturpolitik auf aktuelle Herausforderungen sollen dabei besonders auch Stadtverwaltungen bei der Suche nach sozialgerechten Lösungen für den grünen Wandel unterstützen. Außerdem wird die Bedeutung der nachhaltigen Stadtentwicklung und von Entwicklungsstrategien für funktionale Räume (Stadt-Umland) hervorgehoben.

3 Betrachtung aus städtischer – und konkret Wiener – Sicht

Wenn auch die in Kapitel D erfolgte Zusammenfassung der einzelnen Berichtskapitel mit einem starken Fokus auf Wiener Interessen erfolgte, sollen hier einige Ergebnisse des Berichts bzw. sich daraus ergebende Schlussfolgerungen zur besseren Lesbarkeit zusammengefasst werden.

3.1 Die urbane Dimension

Grundsätzlich kann nur bereits oben Gesagtes unterstrichen werden: Auch aus städtischer Sicht fehlt es dem Bericht an analytischen und zukunftsweisenden Aspekten. Diese werden in der den Bericht begleitenden Mitteilung der Kommission stärker aufgegriffen. Wünschenswert wären auch etwas innovativere Ansätze, da – zu Recht – zwar auf die positiven Auswirkungen der bestehenden Kohäsionsinstrumente und –maßnahmen verwiesen wird, allerdings unbestritten ist, dass die aktuellen Herausforderungen (von Pandemie bis grüner/digitaler/demografischer Wandel) auch neue Ansätze und Out-of-the-Box Denken verlangen. Dies gilt aus Wiener Sicht umso mehr, als traditionell der Fokus der Kohäsionspolitik auf wenig entwickelten oder entlegenen Regionen und ländlichen Gebieten liegt, die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft aber – mehr noch als bisher – insbesondere auch in städtischen Gebieten direkt spürbar werden. Insofern sollte die oft angesprochene Kluft (traditionell Stadt-Land, Nord/West-Süd/Ost, Zentrum-Grenzregionen) auch unter anderen Blickwinkeln betrachtet werden: beispielsweise können Städte parallel hohes BIP-pro-Kopf und hohes Armutsrisiko aufweisen,

8. Kohäsionsbericht 2022

usw. Eine verstärkte europaweite Sensibilisierung hinsichtlich dieser Fragen kann nur im Interesse **Wiens** sein.

Aus städtischer Sicht wird im Bericht weiterhin ein besonderes Augenmerk auf kleinere Städte gelegt, insbes. auf deren Unterstützungspotential als regionales Zentrum für den ländlichen Raum. Dass diese Funktion genauso, bzw. in viel höherem Ausmaß auch von Hauptstädten erfüllt wird, bleibt bei dieser Betrachtung außen vor und könnte im extremsten Fall zu einer Benachteiligung der Hauptstadtregionen („capital metropolitan region“) führen. Der Ausschuss der Regionen zieht aus dem Bericht daher u.a. auch den Schluss, dass er den Metropol- und Hauptstadtregionen verstärkte Aufmerksamkeit widmen sollte. Dies kann aus Wiener Sicht nur unterstützt werden.

Die Ausführungen im Bericht zu den diversen Kategorisierungsmöglichkeiten urbaner Gebiete und sich daraus ergebenden Daten mögen aus wissenschaftlicher Sicht durchaus berechtigt sein. Orientiert man sich in der Praxis bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen und Umsetzungsmaßnahmen jedoch allein an diesen Kategorien, besteht die Gefahr, dass der Realitätsbezug abhandenkommt. **Wien** ist in seiner Doppelrolle als Stadt und Bundesland schon immer vor entsprechende administrative Herausforderungen gestellt. Eine Einordnung in die dzt. gebräuchlichen Kategorien wird dadurch auch nicht leichter. Beispielsweise wird eine „capital metropolitan region“ definiert mit „contains the national capital“ und ist auf Ebene von NUTS 3 angelegt. Was hieße dies auf Wien (gleichzeitig NUTS 2 und 3) angewendet? Inwiefern ist realistische Vergleichbarkeit auf EU-Ebene unter diesen Bedingungen gegeben? Wie muss mit allfälligen Förderungen/Maßnahmen/... umgegangen werden?

Sicherlich sollte auch ein verstärkter Fokus auf die territorialen Auswirkungen – und dabei besonders auch auf jene für städtische Gebiete – des grünen (genauso wie des digitalen und demografischen) Wandels gelegt werden. Der AdR fordert diesbzgl. einen verstärkten „place-based territorial approach“.

3.2 Wien im europäischen Vergleich

Weniger im Bericht selbst als in den dazu veröffentlichten Daten lassen sich einige interessante Informationen für Wien – insbes. als Vergleichswert auf europäischer Ebene – herauslesen. Beispielhaft kann hier angeführt werden:

- Gemessen am BIP-pro-Kopf entsprach **der Wiener Anteil an EU-Fördermitteln** mit 0,04 % in der Berichtsperiode dem österreichischen Durchschnitt. Makro-ökonomische Modellrechnungen, die die Effekte der Kohäsionspolitik abbilden sollen, zeigen aber, dass Wien mittelfristig (2023), nach dem Burgenland, mit einem Plus von 0,11 % und langfristig (2043) mit einem Plus von 0,14 % am meisten profitiert. (Kapitel 9)
- Wien ist ein typisches Beispiel der **Bevölkerungsentwicklung** in Hauptstadtregionen im Nord-Westen Europas: Während auf EU-Ebene in den nächsten Jahren mit einem negativen Bevölkerungswachstum gerechnet wird, wachsen diese Hauptstadtregionen mit 8,4 pro 1.000 Ew. am stärksten. Die Nettomigration beträgt in städtischen Regionen 3,3 pro 1.000 Ew., während ländliche Regionen ein Minus von 2,3 pro 1.000 Ew. verzeichnen (Kapitel 6). Diese

8. Kohäsionsbericht 2022

Entwicklungen lassen auch für Wien besonderen Druck in Hinblick auf Wohnen und die Bereitstellung öffentlicher und privater Dienstleistungen sowie in der Migrationsfrage erwarten. Der Anteil der nicht in der EU Geborenen liegt in Wien bei 26,6 % der Bevölkerung (Österreich bei 10,9 %), nur Brüssel, Guyane und Mayotte haben höhere Migrationszahlen (Kapitel 5). In Österreich ist Wien allerdings auch die einzige Nuts-2-Region, die eine positive Bevölkerungsprognose der 20-64 Jährigen aufweist (1,6 % gegenüber einem österreichischen Durchschnitt von -6,6 % und EU-Durchschnitt von -4 %). (Kapitel 6)

- Während die **Lebenserwartung** EU-weit in Städten um zwei Jahre höher als in ländlichen Gebieten ist, liegt Wien mit 81,1 Jahren sogar unter dem EU-Durchschnitt und ist im Österreich-Vergleich Schlusslicht. (Kapitel 6)
- Wien weist sowohl im Österreich- (17 %) als auch EU-Vergleich (20,9 %) ein erhöhtes **Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung** von 27,5 % auf. Im Vergleich nach Urbanisierungsgrad haben österreichische ländliche Gebiete (gemeinsam mit den Niederlanden) das geringste Armutsrisiko, jedoch herrscht eines der höchsten in österreichischen Großstädten (vermutlich auf Grund der Wiener Zahlen). Auffallend ist in diesem Zusammenhang auch, dass der österreichische Durchschnitt der Haushalte mit niedriger Erwerbstätigkeit bei rund 14 % und damit bereits erheblich über dem EU-Schnitt von 8,3 % liegt. In Wien liegt der Wert bei 28,8 %, nach Ceuta der EU-weit schlechteste Wert, wobei diese Ergebnisse sicherlich näherer Betrachtung der verwendeten Daten wert sind. (Kapitel 5)
- Der Bericht unterstreicht die Notwendigkeit **regionalspezifischer Antworten** auf die Corona-Herausforderungen („place-sensitive policy response“), was die Einbindung lokaler und regionaler Gebietskörperschaften in die Erarbeitung der Aufbau- und Resilienzpläne voraussetzten würde. Steigende Ausgaben und fallende Einnahmen führen zu einer starken Belastung der Städte und Regionen. In Deutschland wird eine Finanzierungsschere (Differenz zw. fallenden Einnahmen und steigenden Ausgaben) in Höhe von 15 % der Länder- und Gemeindeeinnahmen erwartet. (Kapitel 1)
- Die diversifiziertere Wirtschaft in Groß- und Hauptstädten erklärt einen insgesamt geringeren Einfluss des grundsätzlich durch die Pandemie stark betroffenen **Städtetourismus** auf die Gesamtstadtwirtschaft. Wien liegt dabei relativ weit unter dem österreichischen Durchschnitt, aber ziemlich genau am EU-Mittelwert (Kapitel 1). Die österreichischen Vertreter*innen wünschten sich in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe ergänzende Analysen von COVID-Auswirkungen v.a. auf den Städtetourismus.
- **Wien** weist im Jahr 2018 im österreichischen Vergleich den geringsten Pro-Kopf-Anteil bei **CO₂-Emissionen** auf (3,69 t CO₂/Kopf), Oberösterreich mit 15,2 t den höchsten. Unter vergleichbaren Hauptstädten erreicht Stockholm allerdings einen Wert von 2,76 t CO₂/Kopf. Nordische Städte weisen auch bessere NO₂-Ergebnisse auf. (Kapitel 3)
- Die Nutzung von **E-Government** ist - bei einem EU-Durchschnitt von 56 % und österreichischen Durchschnitt 71,4 % - in Wien mit 80 % der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren ein Erfolg.

8. Kohäsionsbericht 2022

(Kapitel 7)

- In zehn Mitgliedstaaten (AT, BE, CZ, EL, HR, IE, IT, NL, PT, SK) wurde das administrative Umfeld einer **Unternehmensgründung** und einer Baugenehmigung untersucht. Österreich schnitt dabei grundsätzlich schlecht ab, in Wien fällt insbesondere die lange Dauer bei Unternehmensgründungen (22 Tage) auf. (Kapitel 7)
- Der öffentliche Verkehr in Wien zählt zu jenen mit der besten Performance im EU-Vergleich.

3.3 Mit Blick auf die Verwaltung von Strukturfondsmittel

Für eine grenzüberschreitende Programme verwaltende Stelle könnte eine Aussage der Kommission im Rahmen der zuständigen Ratsarbeitsgruppe interessant sein, nämlich dass ausführlichere **Analysen zu Interreg** aufgrund geringer Datenverfügbarkeit schwierig seien.

Im Rahmen der EU-Fördergelderverwaltung sind vielleicht auch die Ergebnisse einer Studie¹ von Bedeutung, die sich mit **guten Verwaltungskapazitäten und guter Governance** beschäftigt: Als Grundvoraussetzung, um öffentliche Gelder effizient zu verwalten und einzusetzen, wurden folgende vier Empfehlungen zur Stärkung der Verwaltungskapazitäten und Verbesserung des Einsatzes der Technischen Hilfe in der Förderperiode 2021-2027 definiert:

- Die Entwicklung von Roadmaps zum Kapazitätsaufbau, inkl. Unterstützung in den Bereichen human resources und Systeme/Instrumente
- Die Unterstützung aller Beteiligten beim Mitteleinsatz
- Die Entwicklung flexibler Lernstrategien zum Kapazitätsaufbau, um rasch auf sich ändernde Umstände reagieren zu können
- Ein EU-weit einheitliches Management zum Kapazitätsaufbau

Die neue Dach-Verordnung zu den EU-Strukturfonds soll die strategische Nutzung dieser Hilfe zum Aufbau von Verwaltungskapazitäten erleichtern und ermöglichen.

Abschließend sei noch auf eine Aussage seitens der Kommissionsvertreter*innen in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe verwiesen: Die Wichtigkeit der **ländlichen Dimension** für die Kohäsion sei hoch und auch ein Fokus in der neuen EU-Programmperiode. Dies lässt von Neuem eine Vernachlässigung der **städtischen Dimension** befürchten. Andererseits sei die Kommissarin sehr an Stadt-Land-Verbindungen und der Rolle regionaler Zentren interessiert, was allerdings auch – wie schon oben ausgeführt – nicht unbedingt unterstützend für Wiener Interessen sein könnte.

¹ European Policies Research Centre (2020), The Use of Technical Assistance for Administrative Capacity Building in the 2014-2020 Period, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

8. Kohäsionsbericht 2022

4 Deutschsprachige Kurzfassung der einzelnen Berichtskapitel.

4.1 Kapitel 1:

Die regionale Dimension der COVID-19-Pandemie

Auch der vorliegende Bericht kann derzeit nur eine Zwischenbilanz zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die EU-Regionen ziehen. Einerseits ist und war sie zum Zeitpunkt der Berichtslegung noch nicht beendet. Andererseits liegen für – teilweise essentielle Bereiche wie das BIP – die entsprechenden regionalen Zahlen noch nicht vor. Trotzdem können grundlegende – und größtenteils bekannte – Aussagen getroffen werden:

- Im Zeitraum von März 2020 bis Juli 2021 erhöhte sich die Sterblichkeit in der EU um 870.000 Todesfälle, wobei die weniger entwickelten Regionen stärker betroffen waren (+17 % gegenüber +12 % in besser entwickelten Regionen). Während die erste Corona-Welle den größten Niederschlag in italienischen, spanischen und französischen Regionen, aber auch in den Niederlanden und Belgien fand, waren danach Regionen in Osteuropa stärker betroffen.
- **Städte** mussten in der ersten Welle die stärkste Übersterblichkeit (+80 % im April 2020) registrieren, während zu diesem Zeitpunkt ländliche Regionen nur ein Plus von 20 % verzeichneten. Dies kehrte sich in der zweiten Welle, wenn auch mit geringerer Differenz, um (+55 % gegenüber +43 % in Städten).
- Bei einer Durchimpfungsrate von 70 % im EU-Durchschnitt im November 2021 ist ein klares West-Ost-Gefälle wahrnehmbar: Manche Regionen in Bulgarien und Rumänien weisen eine Impfquote von unter 20 % auf, während in Belgien, Frankreich und Spanien teilweise bereits über 80 % der Bevölkerung geimpft ist.
- Mit Verweis auf den EU-Jahresbarometer zur Lage der Gemeinden und Regionen² (Oktober 2021) wird die starke Belastung der Städte und Regionen durch steigende Ausgaben und fallende Einnahmen angeführt. Auf Basis der Zahlen von 2020 und teilweiser Schätzungen geht der Bericht ursprünglich von einer Finanzlücke in Höhe von 180 Mrd. Euro für lokale und regionale Gebietskörperschaften in der EU aus. Fehlende bzw. auf Schätzungen beruhende für **Österreich** ausgewiesene Zahlen machen ein realistisches Bild unmöglich. Allerdings sind die Ergebnisse für die deutschen (womöglich vergleichbaren) subnationalen Ebenen mit Zahlen belegt: Dort wird eine Finanzierungsschere (Differenz zw. fallenden Einnahmen und steigenden Ausgaben) in Höhe von 15 % der Länder- und Gemeindeeinnahmen erwartet.

² <https://cor.europa.eu/en/our-work/Documents/barometer-fullreport%20web.pdf>

8. Kohäsionsbericht 2022

- Der Bericht weist auch darauf hin, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften nicht durchgängig in die Erarbeitung der Aufbau- und Resilienzpläne eingebunden wurden, dies aber – besonders angesichts der für notwendig erachteten regionalspezifischen Antworten auf die Corona-Herausforderungen („place-sensitive policy response“) – geboten gewesen wäre.
- Die Corona-Pandemie führte zur tiefsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg, wobei südliche Regionen – gemessen an der Zahl geleisteter Arbeitsstunden und am BIP – am stärksten betroffen waren. Nach einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 2,1 % /Jahr von 2014 bis 2019, fiel es 2020 um 6 %. In Spanien und Malta betrug der Wachstumsunterschied zwischen 2019 und 2020 beispielsweise 13 Prozentpunkte. **Wien** hatte 2020 ein (geschätztes) Minus von 7,25 % zu verzeichnen. Dieser **Österreich**-Vergleich etwas schlechtere Wert (Ö-Durchschnitt: 5,3 %) begründet sich aus der speziellen Wirtschaftsstruktur Wiens mit hohem Dienstleistungsanteil und geringer Industrie und der unterschiedlichen Wirkung der COVID- Lockdowns auf diese Bereiche. Die regionalen BIP-Daten sind noch nicht verfügbar, die bisher durchgeführten Modellrechnungen zeigen aber eine besonders starke Auswirkung der Pandemie in den südlichen EU-Regionen und Frankreich, während die westlichen und nördlichen Regionen weniger betroffen sein dürften. Besondere Verluste dürften in den Handels-, Transport- und Beherbergungssektoren zu verzeichnen sein.
- Auf Basis der drei Faktoren Übernachtungen pro Einwohner*innen, Saisonabhängigkeit und Anteil internationaler Tourist*innen wurde die Verletzlichkeit des Tourismussektors in den EU-Regionen betrachtet: **Wien** liegt dabei mit einem Wert von 16 relativ weit unter dem österreichischen Durchschnitt von 27, aber ziemlich genau am EU-Mittelwert von 16,5. Die diversifizierte Wirtschaft in Groß- und Hauptstädten erklärt den insgesamt geringeren Einfluss des grundsätzlich stark betroffenen Städtetourismus auf die Gesamtstadtwirtschaft. Regionen an der (Mittel-)Meerküste oder Ziele in alpinen Regionen erwiesen sich in diesem Zusammenhang mit Werten bis zu 64 als viel vulnerabler.
- Grenzregionen waren – abhängig vom jeweiligen Umgang mit grenzüberschreitenden Pendler*innen (Job, Ausbildung, Gesundheit, sonstige Dienstleistungen) – unterschiedlich stark von den Reisebeschränkungen betroffen. Dies lässt auf die Notwendigkeit eines besseren Governance-Systems in **funktionalen Grenzregionen** schließen.
- Lock-down-Maßnahmen unterstrichen in vielen Städten die Bedeutung von grünen Naherholungsgebieten. Vor allem in zahlreichen italienischen und rumänischen Städten haben weniger als ein Drittel der Bevölkerung ein Naherholungsgebiet in einer Reichweite von unter 400 m Gehdistanz. **Wien** liegt diesbezüglich mit knappen 67 % der Wohnbevölkerung an erster Stelle im **Österreich**-Vergleich und im ersten Drittel im EU-Städte-Vergleich, wobei anzumerken ist, dass Spitzenwerte eher von kleineren Städten erreicht werden.
- Die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt hielten sich – dank der zahlreich ergriffenen Maßnahmen – in Grenzen: Die Arbeitslosenrate stieg zwischen Dezember 2019 und Juni 2021 um 0,5 Prozentpunkte von 6,6 % auf 7,1 % (mit dem höchsten Anstieg von 7,7 % im September 2020). Im Vergleich dazu verdoppelte sich die Arbeitslosenrate in den USA im

8. Kohäsionsbericht 2022

gleichen Zeitraum von 3 % auf 6 %. Der Beschäftigungsrückgang war im Süden der EU mit 2,7 % am stärksten, verglichen zu 0,9 % in den westlichen und nördlichen Regionen. Ländliche Regionen wurden mit einem Rückgang der Beschäftigungsquote von 0,3 Prozentpunkten am wenigsten in Mitleidenschaft gezogen. Im Durchschnitt waren auch Großstädte (0,7 Prozentpunkte) bessergestellt als kleinere städtische Gebiete (1,1 Prozentpunkte) zwischen 2019 und 2020.

- Deutlicher als bei den Beschäftigungszahlen sind die Auswirkungen der Corona-Krise an der Verringerung der geleisteten Arbeitsstunden ablesbar, besonders betroffen waren diesbezüglich Regionen in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien, wenig überraschend auch die Beherbergungs- und Bewirtschaftungssektoren.
- Die Anzahl der im Home-Office arbeitenden Europäer*innen verdoppelte sich. Während 2019 noch 5,5 % der Beschäftigten von zuhause aus arbeiteten, waren es 2020 12,4 %. Besonders Regionen mit großen Städten zeigten einen hohen Anstieg, bedingt durch den hohen Anteil hochqualifizierter Arbeitnehmer*innen, die Telearbeit in Anspruch nehmen konnten. Ein Anstieg von über 15 Prozentpunkten wurde in Brüssel, Helsinki, Dublin, Paris, Köln und **Wien** registriert. Telework-fähige Arbeitsplätze nehmen tendenziell mit dem Urbanisierungsgrad zu.

4.2 Kapitel 2: Ein smarteres Europa

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise wächst die EU-Wirtschaft zwar, regionale Disparitäten in der EU schrumpfen aber seit 2008 nicht mehr. Vor allem Ungleichheiten bei Beschäftigungs- und Arbeitslosenzahlen haben sich in Folge der Wirtschaftskrise dramatisch verstärkt. Auch wenn diese Zahlen seit 2013 wieder sinken, befinden sie sich doch deutlich über den Werten vor 2008.

In den Regionen der östlichen und nordwestlichen Mitgliedstaaten ist das BIP pro Kopf-Wachstum in erster Linie mit Produktivitätswachstum verbunden. In den südlichen Mitgliedsstaaten war das schwache BIP pro Kopf-Wachstum in erster Linie mit einem Zuwachs an Beschäftigung erklärbar. In den östlichen und südlichen Mitgliedstaaten ist der Beitrag des Beschäftigungswachstums zum BIP pro Kopf-Wachstum durch die **Hauptstädte** doppelt so hoch wie der Durchschnitt.

Im Gesamtblick lebt ein Viertel der EU-Bevölkerung noch in Regionen, deren BIP pro Kopf 2019 das vor-Krisen-Niveau noch nicht wieder erreicht hat. Dazu zählen ganz Griechenland und Zypern, ein Drittel der Spanier*innen aber auch 75 % der finnischen Bevölkerung und ein Drittel der Österreicher*innen.

Metropolregionen repräsentieren 59 % der Bevölkerung, 63 % der Beschäftigten und 68 % des BIP in der EU. Die Produktivität ist nirgends höher.

Viele Übergangsregionen (Regionen mit einem BIP/Kopf zwischen 75 und 100% des EU-Durchschnitts im Jahr 2000) befinden sich in Entwicklungsfällen. Dort sind keine Aufholeffekte auf entwickelte Regionen festzustellen. Zwischen 2001 und 2019 lag das Wachstum unter dem EU-Durchschnitt.

8. Kohäsionsbericht 2022

Entwicklungsregionen (mit BIP/Kopf unter 75 % des EU-Durchschnitts im Jahr 2000) haben, in Einklang mit Konvergenztheorien, starkes Wachstum vorweisen können. Diese Regionen sind jedoch vor allem in den östlichen Mitgliedstaaten zu finden. In den südlichen Mitgliedsstaaten konnte ein solches Wachstum in den Entwicklungsregionen nicht erreicht werden. Hier kam es hingegen sogar teilweise zum Rückgang des BIP pro Kopf.

Auch einige entwickelte Regionen (mit überdurchschnittlichem BIP pro Kopf im Jahr 2000) befinden sich in einer Entwicklungsfalle. In **Österreich** betrifft das **Wien** und Niederösterreich für den gesamten Betrachtungszeitraum, aber auch alle anderen Bundesländer für zumindest 10 Jahre.

Innovation ist EU-weit in **Hauptstadt- und anderen Metropolregionen** konzentriert. Im Norden und Westen der EU können auch – dank guter Regionalverbindungen, eines hohen digitalen Entwicklungsstandes, gut ausgebildeter Arbeitskräfte und eines attraktiven Unternehmensumfelds – die umgebenden Regionen davon Nutzen ziehen. Die innovativen Regionen des Ostens und Südens verfügen jedoch nicht über ausreichende Stärke, um auch benachbarte Regionen davon profitieren zu lassen. Die Gefahr besteht hier in einem sich ausdehnenden Innovationsgefälle zwischen den EU-Regionen. In diesem Zusammenhang unterstrich **Österreich** in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe die Bedeutung von Investitionen in die Bildung.

Die Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Regionen wird unter anderem an den Patentanmeldungen je Bevölkerung gemessen. Hier lassen sich hohe Patentzahlen in Zentraleuropa (Deutschland, Tschechien, **Österreich**, Norditalien und einigen französischen Regionen), sowie weiten Teilen Schwedens und Finnlands beobachten. **Österreich** hat gemessen am BIP die vierthöchsten Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Europa. In **Österreich** liegen Oberösterreich und **Wien** mit 3-4 % der Ausgaben und die Steiermark mit über 4 % an der Spitze und gehören damit auch zu den Spitzenreitern europaweit.

Beim Regionalen Innovationsscoreboard, das 2021 erstellt wurde, liegen **Wien**, Niederösterreich und das Burgenland gemeinsam als „Strong Innovator +“ in der vierthöchsten Kategorie (von 12). Damit gleichauf mit der Steiermark und Kärnten und vor Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, die nur als „Strong Innovator“ eingestuft wurden. Bemerkenswert ist, dass die schwächsten Regionen allesamt in Bulgarien, Rumänien, sowie Polen, Ungarn und den baltischen Staaten zu verorten sind, die stärksten in Deutschland, Schweden, Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Belgien und Frankreich.

Im Regional Competitiveness Index 2019, basierend auf 74 Indikatoren, sind die schwächsten Regionen in Griechenland, Rumänien, Bulgarien sowie vereinzelt in Italien und Spanien zu finden. Die stärksten Regionen in Deutschland, Belgien, den Niederlanden und Schweden.

Betrachtet man **Wien** im EU-Vergleich, so

- hatte **Wien** 2019 das zweithöchste BIP pro Kopf (preisangepasst) **Österreichs** und nahm Platz 21 (von 240) der Regionen Europas ein. Das durchschnittliche jährliche Wachstum des BIP zwischen 2001 und 2019 lag bei lediglich 0,13 %, der EU-Schnitt liegt bei 1,2 %.
- Beim Produktivitätswachstum ist Wien mit einem Wert von 0,06 % zwischen 2001 und 2019 in **Österreich** schwächer als die anderen Bundesländer und liegt auf dem 201. Platz in der EU. Dies lässt sich jedoch aus dem starken Dienstleistungsfokus der Wiener Wirtschaft herleiten.

8. Kohäsionsbericht 2022

- Im Regional Competitiveness Index 2019 lag Wien mit Niederösterreich auf Platz 25 der Regionen Europas und an der Spitze Österreichs.

4.3 Kapitel 3: Ein grüneres und CO₂-armes Europa

Die EU hat den Europäischen Grünen Deal mit dem Ziel verabschiedet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Das erfordert eine rasche Reduzierung der Treibhausgasemissionen (THG), mehr Investitionen in grüne Technologien und den Schutz der Umwelt. Der Bericht wirft einen ausführlichen Blick auf die Entwicklung des Klimawandels, seine Gründe, Auswirkungen und die dagegen unternommenen Maßnahmen im letzten Jahrzehnt. Wenig überraschend halten sich Klimaphänomene nicht an Länder- und schon gar nicht Regionsgrenzen. So bezieht sich der Großteil der Aussagen im Bericht auch auf die Mitgliedstaaten-Ebene, wenig wird regional heruntergebrochen. Nichtsdestotrotz ist es eine umfangreiche Datensammlung, die Rückschlüsse auf regionaler Ebene zulässt:

- Mit einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 24 % zwischen 1990 und 2019 hat die EU das für 2020 gesteckte Ziel von -20 % wohl erreicht. In manchen Regionen Spaniens, Polens, Irlands und in Zypern schnellten sie hingegen um mehr als 30 % hinauf. Zur Erreichung des neuen Ziels von 55 % für 2030 werden erhebliche Anstrengungen nötig sein. Die Pro-Kopf-Emissionen differieren innerhalb mancher Mitgliedstaaten (ES, PT, DE, GR, BU, PL) sehr stark, die Ursachen werden vor allem u.a. in den unterschiedlichen Wirtschaftsaktivitäten, der Energieeffizienz des Produktionssektors und der Nutzung erneuerbarer Energien gesehen.
- Nach einer Senkung der durch den Verkehrssektor verursachten Treibhausgasemissionen aufgrund der Finanzkrise 2008 stiegen diese nach der Erholung der Wirtschaft wieder um knapp 2 % pro Jahr. Das bedeutet, dass sie dem generellen Trend nicht folgen und somit in der Gesamtbilanz der THG Emissionen in der EU einen bedeutenderen Anteil bekommen. Prognosen gehen davon aus, dass die Emissionen im Verkehrssektor in den nächsten Jahren nur sehr gering sinken und über dem Wert von 1990 bleiben werden. Die Emissionen im Straßenverkehr sind die Hauptursache der Luftverschmutzung in Städten. Es wird jedoch erwartet, dass sie zurückgehen, da sie schneller dekarbonisiert werden als andere Verkehrsträger. Hohe Anstiege werden vor allem im Luftverkehr und in der internationalen Schifffahrt erwartet.

Wien weist im Jahr 2018 im österreichischen Vergleich den geringsten Pro-Kopf-Anteil bei CO₂-Emissionen auf (3,69 t CO₂/Kopf), Oberösterreich mit 15,2 t den höchsten. Stockholm erreicht einen Wert von 2,76 t CO₂/Kopf.

Im Jahre 2019 war das Auto im Personenverkehr das führende Transportmittel innerhalb der EU (rd. 82,8 %). Nur in **Österreich** (ca. 78 %), Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn betrug der Anteil weniger als 80 %. Der Zug als Transportmittel konnte nur einen geringen Zuwachs im EU-Durchschnitt verzeichnen (von 7,7 % 2014 auf 8 % 2019).

8. Kohäsionsbericht 2022

- Die Emissionen der meisten wichtigen Luftschadstoffe sind in der EU erheblich zurückgegangen, was zu wesentlichen Verbesserungen der Luftqualität geführt hat. Ein Drittel der Stadtbewohner lebt allerdings in Städten, in denen mindestens einer der Luftschadstoffgrenzwerte überschritten wird. Im städtischen Raum sind vor allem O₃ (Ozon), NO₂ (durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen), SO₂ (Schwefeldioxid - Verbrennung von fossilen Brennstoffen wie Kohle und Öl) und PM_{2.5} (Feinstaub) in der Luft zu finden.

Wien weist einen NO₂ Wert von 26 µg/m³ auf, Graz 22,3 µg/m³, Linz-Wels 20,2 µg/m³, Salzburg-Umgebung 18,3 µg/m³. Während deutsche Städte in vergleichbaren Bereichen liegen, werden im Norden Europas weitaus bessere Werte erreicht:

- Helsinki 12 µg/m³,
 - Stockholm 9,8 µg/m³,
 - Berlin 24,2 µg/m³,
 - Bonn 25,2 µg/m³,
 - Paris 43,3 µg/m³.
- Eine mögliche Erklärung für diesen vergleichsweise hohen Wert könnte u.a. im hohen Anteil fossiler Heizungen (Gas- und Öl) in **Wien** liegen.
 - Der Energieverbrauch in der EU ist in den letzten Jahren stark gesunken, dennoch werden die gesetzten Energieeffizienzziele 2020 verfehlt. Die Ziele für 2030 sind noch ambitionierter und erfordern zusätzliche, erhebliche Anstrengungen.
 - Der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch in der EU stieg kontinuierlich von 11 % im Jahr 2006 auf 19 % im Jahr 2018. Diese Entwicklung liegt nahe am gesteckten Ziel von 20 % im Jahr 2020. Allerdings hinken einige Mitgliedstaaten hinterher. Die Erreichung des Ziels von 40 % bis 2030 erfordert gemeinsame Anstrengungen, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben und den Gesamtenergieverbrauch zu senken.

Der Anteil der erneuerbaren Energien variiert allerdings auch stark innerhalb der EU. Den größten Anteil verzeichneten 2018 Schweden (55 %) sowie Finnland und Lettland mit über 40 %. Unter 10 % liegt der Anteil in den Niederlanden, Belgien und Malta. **Österreich** liegt mit einem Anteil von rund 35 % im sehr guten oberen Drittel.

Grundsätzlich ist der Einsatz erneuerbarer Energien in den Regionen stark von den jeweiligen natürlichen Rahmenbedingungen abhängig, also bspw. Windenergie in den Küstenregionen der Baltischen See, des Atlantischen Ozeans oder an manchen Mittelmeerküsten oder die Nutzung der Solarenergie in südlichen Regionen. Interessant in diesem Zusammenhang ist allerdings, dass Deutschland 2018 mit 590 Watt Solarstrom pro Einwohner*in an erster Stelle der Produzenten (vor den Niederlanden mit 401 Watt und Belgien mit 394 Watt) lag, während Spanien mit 197 Watt und Portugal mit 88 Watt deutlich abgeschlagen wurden.

- EU-Bürger*innen profitieren von einer der besten Wasserqualitäten der Welt, aber nur 40 % der Gewässer in der EU sind in einem guten ökologischen Zustand und viele Feuchtgebiete sind in

8. Kohäsionsbericht 2022

einem schlechten Zustand. Auch wenn verschiedene Quellen der Verschmutzung in den letzten zehn Jahren zurückgegangen sind, belasten Schadstoffe und übermäßige Wasserentnahme die Gewässer. Die Ziele der Trinkwasser-Rahmenrichtlinie wurden demnach noch nicht vollständig umgesetzt.

Mehrere ländliche Gebiete und weniger entwickelte Regionen benötigen noch erhebliche Investitionen im Bereich Abwasserentsorgung: In Kroatien werden bspw. nur 89 % des Abwassers gesammelt und behandelt, in Rumänien unter 80 %. Die Abwasserbehandlung erfolgt in drei Stufen: Mechanische Reinigung (primäre Behandlung), biologische Reinigung (sekundäre Behandlung) und chemische Reinigung (tertiäre Behandlung). 79 % der EU-Länder reinigen ihr urbanes Abwasser zumindest durch eine sekundäre Behandlung. Aber nur 30 % der Länder führen eine tertiäre Behandlung des urbanen Abwassers durch. 99,8 % des urbanen Abwassers in **Wien** wird einer tertiären Behandlung unterzogen.

- Der Anteil der recyclten Abfälle stieg in der EU von 46 % im Jahr 2004 auf 54 % im Jahr 2018. Trotzdem ist die Recyclingrate und die Energierückgewinnung in mehreren Mitgliedstaaten niedrig. Die Recyclingrate ist vor allem in Italien (79 %) und Belgien (77 %) hoch. In Rumänien und Bulgarien liegt diese vergleichsweise mit 3 % sehr niedrig. **Österreich** weist eine Recyclingrate von 35 % auf.
- Der Schutz und die Wiederherstellung der Biodiversität (aktuell sind eine Million Arten von den acht Millionen existierenden Spezies vom Aussterben bedroht) können helfen den Klimawandel und seine Auswirkungen abzumildern. Beispielsweise können Investitionen in städtische Vegetation oder Feuchtgebiete die Auswirkungen von Hitzewellen verringern. Auch Luft- und Lärmbelastung können dadurch reduziert und Freizeiträume verbessert werden.
- Extremwetterereignisse betreffen die einzelnen EU-Regionen sehr unterschiedlich, je nach ihrer geographischen Lage und wirtschaftlicher Struktur. 7 % der EU-Bevölkerung lebt in Gebieten mit hohem Überschwemmungsrisiko, über 9 % in Regionen, die jährlich schon mehr als 120 Tage ohne Regen bleiben. Überschwemmungen und große Hitzeperioden beeinträchtigen auch die Verkehrsinfrastruktur, wie Straßen und Eisenbahnnetze, wovon alle EU-Länder betroffen sein werden. Entsprechende Investitionen im Straßenbau werden vor allem in Bulgarien, Griechenland, Rumänien und Polen notwendig werden. Höhere Wartungsarbeiten bei den Eisenbahnnetzen werden für Deutschland und Spanien prognostiziert.
- Gerade **im urbanen Raum** werden die Hitzetage weiter zunehmen. Um die Anzahl der Todesfälle im Zusammenhang mit extremer Hitze zu senken und die Lebensqualität zu verbessern, ist eine Reihe von Maßnahmen erforderlich: Isolierung von Häusern, Schulen und Krankenhäusern Frühwarnsysteme, urbanes Grün (Erhöhung des Baumbestandes und der Vegetation), Installation von grünen oder reflektierenden Dächern und die Verwendung von kühlen Pflastersteinen. Die Schaffung von grüner Infrastruktur (z.B. Baumpflanzung) in Städten kann dazu beitragen, Hitzeeinseln zu reduzieren. In europäischen Städten wäre es ohne Vegetation bis zu 5°C heißer, städtische Vegetation kühlt Städte durchschnittlich um 1,07 °C ab. Der

8. Kohäsionsbericht 2022

Kühlungseffekt von Vegetation wird in **Wien** mit einem Wert von 1,21 °C beziffert. Im Hauptstädtevergleich liegt Sofia bspw. bei 1,68 °C, Paris bei nur 0,85 °C.

4.4 Kapitel 4: Ein stärker vernetztes Europa

Mobilität auf Basis zielgerichteter Infrastrukturinvestitionen und der Zugang zu Hochgeschwindigkeitsanschlüssen bilden die Grundlage des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Europa und tragen dazu bei, regionale Unterschiede zu reduzieren. Der Übergang zu nachhaltiger und smarter Mobilität erfordert ein erhebliches Überdenken gewohnter Transportmodi. Der lückenlose Zugang zu schnellen Internetverbindungen kann eine wichtige Rolle bei der Anbindung wenig besiedelter Gebiete spielen.

- Für Destinationen in Entfernungen von bis zu 500 km ist der Zugverkehr eine gute Alternative zu Kurzstreckenflügen. Das gilt auch für Verbindungen zwischen Städten. Vor allem größere Städte (mehr als 500.000 EW) sind mit Zügen mit einer Geschwindigkeit über 150 km/h verbunden. Nordwesteuropa verfügt über den höchsten Anteil an Zugverbindungen mit Geschwindigkeiten von mehr als 90km/h. In Osteuropa ist das Eisenbahnnetz hingegen noch relativ schlecht ausgebaut, hier sind 20 % der Stadt-Stadt-Verbindungen durch das Eisenbahnnetz noch nicht realisiert. Auf den meisten Strecken wird eine Geschwindigkeit von höchstens 60km/h erreicht. Für Reisen innerhalb der EU, die nicht länger als 90 Minuten in Anspruch nehmen, scheint das Auto immer noch die bessere Option als der Zug.
- In Städten ist der öffentliche Verkehr zumeist gut ausgebaut. Das Fahrrad bietet vor allem bei Stau eine gute und schnellere Alternative, auch zu den öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Kombination von Zug und Fahrrad oder Zug und Fußweg verbessert den Zugang zu Eisenbahnverbindungen erheblich. Regionen, die eine sehr guten Performance aufweisen sind hierbei: Paris und Paris Umgebung, Berlin, **Wien**, Barcelona und Zaragoza.
- Der Zugang zum öffentlichen Verkehrsnetz ist in der Mehrheit der EU-Städte gut ausgebaut. Unter den Hauptstädten liegt **Wien** bei der Erreichbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel in Gehdistanz mit 98,9 % der Bevölkerung (gemeinsam mit Madrid) an erster Stelle, im Gesamtlisting der Städte im obersten Zehntel.
- In 39 untersuchten EU-Städten können im Durchschnitt 29 % der Bevölkerung innerhalb von 30 Minuten eine Distanz von 7,5 km mit ÖPNV abdecken. **Wien** befindet sich hier im Mittelfeld (29-30 %). Es führt Luxemburg mit einem Indikator von 48 %. Abgeschlagen ist mit etwa 12 % Dublin.
- Durch Geschwindigkeitsbegrenzungen konnte die Anzahl der Toten, vor allem auch in Städten, stark gesenkt werden. Dennoch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Vision 2050 von Null Verkehrstoten zu erreichen. **Wien** liegt in absoluten Zahlen hinter Åland und Bremen mit 9,5 Verkehrstoten pro 1 Mio. Einwohner*innen an drittbesten Stelle. Der EU-Durchschnitt

8. Kohäsionsbericht 2022

beträgt 52,7.

- Die Anzahl der Ladestationen für Elektroautos variiert stark innerhalb der EU, der Durchschnitt lag 2021 bei 120 Ladestationen/Mio. Einwohner*innen. Am besten ist die Lage hierbei in den Alpenregionen **Österreichs** und Italien, in einigen Teilen Deutschlands und den Niederlanden. Die Ladeinfrastruktur ist vor allem in Lettland, Polen, Rumänien, Bulgarien und Dänemark sehr schlecht ausgebaut. In **Wien** liegt die Anzahl der Ladestationen / Mio Einwohner*innen bei 49,56. Zum Vergleich: St. Pölten 144 / Mio. EW, Graz 42,44 / Mio. EW, Tiroler Oberland 999 / Mio. EW, Paris 22,4 / 1 Mio. EW, Stockholm 17,34/ Mio. EW.
- Die EU hatte sich 2016 das Ziel gesteckt, dass im Jahr 2020 alle Bürger*innen Zugang zu Breitband von 30 Mbps oder mehr haben und mindestens 50 % der Haushalte eine Verbindung von über 100 Mbps. Das Tempo der Installation von Breitband war allerdings in vielen Mitgliedstaaten zu langsam, sodass dieses 2020-Ziel bis jetzt nicht erreicht wurde. Der Breitbandausbau innerhalb Europas zeigt eine Kluft zwischen den ländlichen und urbanen Regionen. Solange diese Lücke nicht geschlossen werden kann, wird sich die Wettbewerbsfähigkeit dieser benachteiligten Gebiete weiter verschlechtern. Der Breitband-Zugang liegt in fast allen Regionen Europas bei über 80 %. Bei der Verwendung von schnellem Breitband-Zugang schneiden jedoch einige Mitgliedstaaten, darunter auch **Österreich**, schlecht ab. Bei der Breitband-Verfügbarkeit liegen Österreich und **Wien** im Mittelfeld: ca. 90 % der Bürger*innen verfügen über Breitband mit 30-100 Mbps.

4.5 Kapitel 5: Ein sozialeres und inklusiveres Europa

Vor dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie konnte die EU die höchste Beschäftigungsrate und niedrigste Arbeitslosenrate ihrer Geschichte verzeichnen. Die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt waren erstaunlich gering, für 2030 hat sich die EU das Ziel einer 78 %igen Beschäftigungsrate gesetzt. Aktuell erfüllen dies bereits Schweden, Deutschland, Tschechien, Estland und die Niederlande. Der EU-Durchschnitt der Beschäftigungsrate lag 2020 bei 72,5 % (2019 37,2 %) mit Schwankungen von 67 % in weniger entwickelten Regionen bis 76 % in entwickelten Regionen.

Die Arbeitslosenrate fiel von 11,4 % in 2013 auf 7,1 % in 2020 (2019 6,7 %), auch hier stark (5,6 – 8,8 %) zwischen den einzelnen Regionen schwankend. Die höchste Arbeitslosenrate verzeichneten 2020 die südlichen Regionen mit 12 %, die niedrigste mit 4,4 % jene im Osten der EU.

Unterscheidet man zwischen den Regionstypen sind die Schwankungen bezüglich der Beschäftigungsrate geringer: **Städte** und ländliche Gebiete unterschied nur rund ein Prozentpunkt (72 bzw. 72,2 % gegenüber 73 %). Die Unterschiede in der Arbeitslosenrate fallen schon deutlicher aus: 8 % in Städten, 6,9 % in Kleinstädten und 5,9 % in ländlichen Gebieten.

Die Qualifikation von Arbeitskräften ist in Regionen mit **großen Städten** besser. Auch die Zahl der Schulabbrecher*innen ist geringer und die Teilnahme an Fort- und Weiterbildung unter Erwachsenen

8. Kohäsionsbericht 2022

höher (11,5 % in Großstädten, 6,8 % im ländlichen Raum), was angesichts der zu erwartenden Herausforderungen am Arbeitsmarkt durch den grünen und digitalen Wandel einen erheblichen Vorteil darstellt. Andererseits betreffen soziale Auswirkungen des Wandels, wie beispielsweise Energiearmut – von der 7 % der EU-Bevölkerung, also 30 Mio. Menschen betroffen sind –, verstärkt die Stadtbevölkerung. **Hauptstadtregionen** haben den höchsten Anteil an höherqualifizierten Bewohner*innen, insbes. akademisch gebildete Arbeitskräfte konzentrieren sich in und rund um die Hauptstädte. Die Performance der Schulen (PISA-Test) weist im Gegensatz zu teilweise erheblichen Unterschieden in anderen Mitgliedstaaten in **Österreich** wenig bis gar kein Stadt-Land-Gefälle auf. Bis zum Jahr 2025 sollen mindestens 70 % der 16- bis 74-Jährigen über digitale Basisqualifikationen verfügen (2019 56 %, 42 % in weniger entwickelten Regionen). Auch hier ist die Differenz zwischen Stadt- und Landbewohner*innen erheblich und liegt bei 14 Prozentpunkten.

Dem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung sind EU-weit 20,9 % der Bevölkerung (91 Mio. Menschen 2019, davon 17,9 Mio. Kinder bis 17 Jahre) ausgesetzt. Dabei ist das Risiko in ländlichen Gebieten leicht höher als in Städten (22 % zu 21 %). Bis 2030 soll diese Zahl um mindestens 15 Mio. reduziert werden. Der österreichische Durchschnitt liegt bei 17 %, wobei **Wien** mit 27,5 % den höchsten Wert, Oberösterreich mit 11,6 % das geringste Risiko aufweist. Im Vergleich nach Urbanisierungsgrad haben österreichische ländliche Gebiete (gemeinsam mit den Niederlanden) das geringste Armutsrisiko, jedoch eines der höchsten in Großstädten. In Ost-Europa ist es genau umgekehrt: 28,5 % in ländlichen Gebieten, mit Spitzen bis zu 40 % in Bulgarien und Rumänien. Auffallend ist in diesem Zusammenhang auch, dass bereits der österreichische Durchschnitt der Haushalte mit niedriger Erwerbstätigkeit bei rund 14 % und damit bereits erheblich über dem EU-Schnitt von 8,3 % liegt. In **Wien** liegt der Wert bei 28,8 %, nach Ceuta der EU-weit schlechteste Wert. Insgesamt zieht der Bericht den Schluss, dass Armutsgefährdung eher niedrigen Einkommen als niedrigen Beschäftigungsraten geschuldet ist. Zusammenfassend wird auch gesagt, dass obwohl viele nord- und westeuropäische Städte über die höchsten BIPs pro Kopf verfügen, sie gleichzeitig ein hohes Maß an Ungleichheit aufweisen – sichtbar in hohem Armutsrisiko, einem hohen Grad an Benachteiligungen und einer hohen Anzahl von Haushalten mit niedriger Erwerbstätigkeit.

Im Durchschnitt sind 8,8 % der EU-Bevölkerung nicht in der EU geboren, rund 4 % stammen aus einem anderen EU-Land. Hauptstadtregionen in Nord-, West- und Süd-Europa weisen dabei mit über 20 % besonders hohe Werte auf. **Wien** liegt bei 26,6 % (**Österreich** bei 10,9 %), nur Brüssel, Guyane und Mayotte haben höhere Migrationszahlen. Die Migration innerhalb der EU nach Ost-Europa bleibt gering, sie ist auch insgesamt weniger auf städtische Regionen konzentriert.

Die Erwerbsquote von Nicht-EU-Migrant*innen liegt mit 62 % um 11,5 Prozentpunkten unter jener der EU-Natives, einen großen Anteil daran hat die niedrige Frauenerwerbsquote (53 %). Auch hier findet sich **Wien** mit 19 % im ersten Fünftel des EU-weiten Rankings. Der Unterschied in der Beschäftigungsquote zwischen EU-Natives und Nicht-EU-Migrant*innen steigt proportional stark mit dem Bildungsgrad (15 Prozentpunkte Differenz bei tertiärer Bildung), wobei 33 % der 25- bis 64-Jährigen EU-Natives und 29 % der gleich alten Nicht-EU-Migrant*innen über tertiäre Bildung verfügen. Die Konzentration tertiärer Bildung in Städten ist bei EU-Natives höher (44 %) als bei Nicht-EU-Migrant*innen (33 %). Das Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung ist für nicht in der EU Geborene rund doppelt so hoch wie für EU-Bürger*innen, wobei besonders die Gefahr für materielle Benachteiligungen ins Gewicht fällt. Angesichts

8. Kohäsionsbericht 2022

der überdurchschnittlich hohen Migrationszahlen in österreichischen und belgischen Städten ist hier auch das Armutsrisiko unter Migrant*innen besonders hoch.

Die Gleichstellung der Geschlechter verbesserte sich – den Zahlen nach – zwar in manchen EU-Regionen, trotzdem bleiben Frauen in vielen Bereichen, wie Arbeitsmarkt, Lohn- und Arbeitsbedingungen oder Entscheidungsfindung in leitender Position, benachteiligt. 2020 war die Beschäftigungsrate von Männern um 11 Prozentpunkte höher als jene von Frauen (78 % gegenüber 67 %), **Wien** kann sich im **Österreich**-Vergleich über den geringsten Unterschied (6,2 Prozentpunkte) freuen. In weniger entwickelten Regionen und im Süden und Osten der EU war der Gender Gap besonders ausgeprägt (17 bzw. 15 Prozentpunkte). Betreuungspflichten und sonstige Gender-Stereotype führen allerdings dazu, dass 2020 im EU-Schnitt die Arbeitslosenrate von Frauen nur 0,5 Prozentpunkte über jener von Männern lag. Im Norden und Westen der EU war es genau umgekehrt (**Wien** -1,18 Prozentpunkte). Wahrscheinlich trägt dies auch dazu bei, dass in **Wien** die Lebenszufriedenheit von Frauen an österreichweit zweiter Stelle (hinter NÖ) liegt (47,6 %; 7,1 % in Tirol; 5,7 % in Vorarlberg).

Der EU Regional Social Progress Index will jene Wohlfahrtsfaktoren abbilden, die nicht direkt anhand des BIP ablesbar sind. Er zeigt innerhalb der EU sehr starke regionale Unterschiede mit einem besonders schlechten Abschneiden der weniger entwickelten Regionen. **Wien** rangiert dabei hinter den nordischen und teilweise niederländischen und französischen Regionen an 47. Stelle von rund 240 Regionen.

Die Kommission plant offensichtlich sich in nächster Zeit folgende Themenbereiche näher zu beleuchten (Studien oder Gesetzgebungsvorschläge): Herausforderung des Brain-Drains, Übersicht von regionalen Armutsunterschieden, Auswirkungen durch Entvölkerung, demographischen Wandel, Zugang zu Services, Reduktion der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter, Bildung und Training im frühkindlichen Alter, durch die grüne Transition entstehenden Chancen und Arbeitsmarktveränderungen.

4.6 Kapitel 6: Ein bürgernahes Europa

Neben dem grünen und digitalen Wandel wird der Umgang mit dem demografischen Wandel als eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte angesehen. Der Bericht zeigt detailliert die Bevölkerungsentwicklung in der EU seit den 1960er Jahren auf, als die EU noch um durchschnittlich zwei Mio. Einwohner pro Jahr wuchs. Während zu dieser Zeit die Bevölkerungszahl pro Jahr auf Migrationsbasis nur um rund 150.000 zunahm, trägt die Migration ab 1992 mehr zum Bevölkerungswachstum der EU bei als das natürliche Wachstum. In den 2010er Jahren schließlich bekam das natürliche Bevölkerungswachstum ein negatives Vorzeichen (-150.000/Jahr) und die EU wuchs nur mehr auf Basis der Einwanderung. Heute leben bereits ein Drittel aller EU-Bürger in Regionen, die im vergangenen Jahrzehnt schrumpften, bis 2050 wird dies in der Hälfte aller EU-Regionen der Fall sein. Modellrechnungen von Eurostat gehen von einem in den nächsten Jahren einsetzenden negativen Bevölkerungswachstum aus. Dabei wird erwartet, dass die über 65-jährige Bevölkerung rasch, um 18 % im Jahr 2030, zunehmen wird, die jüngeren Generationen um 5 % abnehmen werden. Diesem durchschnittlichen Trend stehen starke regionale Unterschiede gegenüber:

8. Kohäsionsbericht 2022

- Während **städtische Regionen** in Nord-West-Europa ein Gesamtbevölkerungswachstum von 6,6 pro 1.000 Einwohner*innen verzeichnen, verlieren ländliche Regionen im Osten und Süden der EU rund 4 Einwohner*innen pro 1.000 (Bevölkerungsentwicklung 2010-2019).
- Das natürliche Wachstum ist überall negativ oder quasi gleich null, mit Ausnahme der städtischen Regionen im Norden und Westen (2,5 pro 1.000 Ew.).
- Die Nettomigration beträgt in städtischen Regionen 3,3 pro 1.000 Ew., während ländliche Regionen ein Minus von 2,3 pro 1.000 Ew. verzeichnen.
- Die nördlichen und westlichen **Hauptstadtregionen** wachsen mit 8,4 pro 1.000 Ew. am stärksten, für diese Regionen wird ein besonderer Druck in Hinblick auf Wohnen und die Bereitstellung öffentlicher und privater Dienstleistungen vorhergesagt.

Die Überalterung der Bevölkerung ist ein EU-weites Phänomen, in mehr als einem Fünftel der Regionen wird die über 65-jährige Bevölkerung um mehr als 25 % zunehmen, auch über die Hälfte der österreichischen Nuts-II-Regionen zählt dazu. **Wien** liegt in den Prognosen 2020-2030 mit 17,4 % an zweiter Stelle der am wenigsten alternden Regionen in **Österreich** und knapp unter dem EU-Durchschnitt von 17,9 %. In vielen südlichen und östlichen Regionen wird der Anteil der unter 65-jährigen Bevölkerung um mehr als das Doppelte des EU-Durchschnitts abnehmen.

Nur acht Staaten außerhalb Europas haben eine höhere Lebenserwartung als der EU-Durchschnitt (81,3 Jahre 2019 gegenüber 77,6 J. 2002). Im EU-Durchschnitt ist die Lebenserwartung in **Städten** um zwei Jahre höher als in ländlichen Gebieten, Ausnahmen davon bilden allerdings neben **Österreich** auch Spanien, Griechenland und die Niederlande. **Wien** ist mit 81,1 J. in **Österreich** das Schlusslicht, mit 83,3 J. liegt Vorarlberg deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Die Alterskohorte 0-29 liegt mit 44 Mio. weit unter jener der 30-59-Jährigen. Dieser Zahl stehen 36 Mio. Einwohner, die nicht in der EU geboren sind gegenüber. Dies lässt den Schluss zu, dass Migration die Lücke zwischen den Generationen nicht zur Gänze ausfüllen wird können.

In Österreich ist **Wien** die einzige Nuts-II-Region, die eine positive Bevölkerungsprognose der 20-64-Jährigen aufweist (1,6 % gegenüber einem österreichischen Durchschnitt von -6,6 % und EU-Durchschnitt von -4 %). Zum Vergleich: Prag 4,6 %, Bratislava 1,7 %, Berlin -2,8 %, Brüssel 5,3 %, Paris -1,9 %.

Bewegung zwischen den Regionen scheint von der Alterskohorte abhängig und beeinflusst auch die Gesamtbevölkerungsstruktur: So verlassen eher 20-39-Jährige ländliche Regionen, während über 40-Jährige wieder eher städtischen Räumen den Rücken zukehren. Somit können Wachstumsprognosen, die nur auf der aktuellen Bevölkerungsstruktur beruhen, von der Realität abweichen.

In osteuropäischen Mitgliedstaaten ist die Lebenszufriedenheit in ländlichen Regionen geringer als in städtischen Regionen, im Nord-Westen Europas ist es genau umgekehrt. Im Durchschnitt ist das Haushaltseinkommen in Städten höher als jenes in ländlichen Regionen, trotzdem sind ländliche

8. Kohäsionsbericht 2022

Haushalte zufriedener mit ihrer finanziellen Situation als jene in Städten. Dies könnte durch die hohen und weiter steigenden Wohnkosten in Städten erklärt werden. Im EU- Durchschnitt war 2018 der Verkaufspreis von Wohnfläche pro m² in urbanen Regionen um 82 % höher als in ländlichen Gebieten, die Preissteigerung zwischen 2012 und 2018 lag bei 417 Euro gegenüber 183 Euro.

Bewohner*innen ländlicher Regionen haben mehr Vertrauen in ihre regionalen und lokalen Regierungen als Städter*innen. Andererseits ist das Vertrauen in die EU in Städten stärker ausgeprägt. Es könnte die Gefahr von verstärkter Polarisierung auf Basis dieses Stadt-Land-Gefälles entstehen.

4.7 Kapitel 7: Eine bessere öffentliche Verwaltung

Das Kapitel zur „better governance“ gibt einige doch recht interessante Einblicke in aktuelle Indikatoren zur Qualität von und zum Vertrauen in öffentliche Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene.

- Grundsätzlich ist das Vertrauen der Bevölkerung in regionale Regierungen höher als in nationale Regierungen, wenn auch auf beiden Ebenen das Vertrauen seit 2013 wuchs. Ausnahmen bilden allerdings **Österreich** (und Belgien), wo das Vertrauen auf nationaler Ebene sank. Auf regionaler Ebene weist Österreich hingegen im EU-Vergleich Spitzenwerte auf, mit einer Verbesserung um mehr als 10 Prozentpunkten in den letzten 8 Jahren.
- Gemessen an den Worldwide Governance Indicators (u.a. Mitspracherecht, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionskontrolle) der Weltbank liegt **Österreich** im EU-Vergleich vor Deutschland an 6. Stelle. Der Rule of Law Index des World Justice Project reiht Österreich zwar noch unter die ersten zehn der weltweit 139 untersuchten Staaten, wobei mehrere EU-Mitgliedstaaten im vorderen Ranking liegen: Dänemark (1. Platz), Finnland (3. Platz) Schweden (4. Platz). Allerdings fällt auf, dass Österreich im EU-Vergleich mit Bulgarien, Frankreich, Ungarn und Polen zu den einzigen Ländern zählt, deren Wertung sich von 2015 bis 2021 verschlechtert hat. Interessant bei den Ergebnissen des European Quality of Government Index ist, dass sich Niederösterreich als einziges österreichisches Bundesland von 2010 bis 2017 verschlechtert, aber von 2017 bis 2021 verbessert hat. Alle anderen blieben stabil. Auswertungen zur Korruption zeigen in Österreich erschreckende Ergebnisse im Gesundheitswesen: Hier stieg die seitens der Bevölkerung wahrgenommene Korruption von 3 % auf 17 % („give an extra payment or a valuable gift to a nurse or a doctor, or make a donation to the hospital“).
- Das öffentliche Auftragswesen, das 14 % des EU-BIP ausmacht, wird als besonders vulnerabel gegenüber Korruption angesehen. Wie im Großteil der EU-Staaten wurde auch in **Österreich** 2019 ein erheblicher Anstieg bei Auftragsvergaben ohne vorherige Ausschreibung (single bidding) im Vergleich zu den drei davorliegenden Jahren festgestellt. **Wien** liegt im Bundesländervergleich mit 14,8 % an vierter Stelle und weist damit nur halb so viele Direktvergaben aus wie Niederösterreich oder Vorarlberg.

8. Kohäsionsbericht 2022

- Eine zehn Mitgliedstaaten (AT, BE, CZ, EL, HR, IE, IT, NL, PT, SK) umfassende Untersuchung zum administrativen Umfeld einer Unternehmensgründung und einer Baugenehmigung zeichnet für **Österreich** kein besonders positives Bild: Nur die Kosten der Behördenverfahren betreffend blieb Österreich unter dem Durchschnitt, mit neun notwendigen Zwischenschritten („procedures“) nimmt es den Spitzenplatz ein und auch die Anzahl der nötigen Tage ist mit durchschnittlich 20 sehr hoch. Im Bundesländervergleich liegt **Wien** dabei mit rund 19 Tagen bei Baugenehmigungen nach Salzburg an zweiter Stelle. Bei Unternehmensgründungen allerdings mit rund 22 Tagen nach Graz an zweitschlechtester Stelle.
- Der leichtere Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen durch E-Government trägt dazu bei, die Effizienz und die Beziehung zur Öffentlichkeit zu verbessern. In den nordischen Staaten und in Litauen verwenden mehr als 80 % der Menschen das Internet, um mit Behörden in Kontakt zu treten (EU-Durchschnitt: 56 %). Im Gegenzug verwenden nur ca. 20-30 % der Menschen das Internet für Behördenkontakte in Italien und Rumänien. Gründe dafür sind sowohl der fehlende Zugang zum Internet, als auch Anwenderdefizite. 80 % der Wiener*innen zwischen 16-74 Jahren das Internet, um mit Behörden zu interagieren (Durchschnitt der Bundesländer: 71,4 %). Aus gesamtstaatlicher Sicht liegt **Österreich** im EU-Vergleich an dritter Stelle der am besten performenden Mitgliedstaaten.

4.8 Kapitel 8: Nationale Investitionen und Kohäsion

Kohäsionsmittel sind die wichtigsten Investitionsmittel der EU, sie stellen 14 % aller öffentlichen Kapitalinvestitionen in der EU zwischen 2014 und 2020 dar. Kohäsionspolitik ist besonders für weniger entwickelte Mitgliedstaaten bedeutsam und hat zur Wiederherstellung bzw. Erhaltung öffentlicher Investitionslevels beigetragen. Auf Ebene der Mitgliedstaaten ist Kohäsionspolitik die wichtigste Finanzierungsquelle für regionale Entwicklungspolitik. Für Mitgliedstaaten, die Ziel der Kohäsionspolitik sind, machen die Kohäsionsmittel über 50 % der öffentlichen Kapitalinvestitionen aus, in nicht-Kohäsionsstaaten weniger als 6 %. Dabei stieg die Bedeutung der Kohäsionsmittel von der Periode 2007-2013 zur Periode 2014-2020. Zwischen 2014 und 2020 machten die EFRE- und Kohäsionsfondsmittel 10 % der gesamten öffentlichen Investitionen in der EU aus. Diese Zahlen legen nahe, dass Kohäsionsmittel in Folge der Krise von 2008-2009 stabilisierend auf öffentliche Investitionen wirkten und dies auch für die Folgen der Staatsschuldenkrisen von 2011 galt.

Nationale Maßnahmen gegen territoriale Ungleichheit werden oft ohne Einbindung regionaler Körperschaften gestaltet. Maßnahmen, die auf die Steigerung der Produktivität abzielen und anstreben, die wirtschaftliche Struktur von Sektoren mit niedriger Wertschöpfung wegzuentwickeln, tragen effektiv dazu bei, Disparitäten abzubauen.

Während der 7. Kohäsionsbericht noch von einer Verbesserung der Lage der öffentlichen Haushalte nach der großen Rezession 2008-2009 und der folgenden Schuldenkrise berichtete, stellt der 8. Kohäsionsbericht mehrere Phasen seit 2004 fest. Die Entwicklung der nationalen öffentlichen Haushalte unterteilt sich zunächst in die Phase vor 2008, in der es zu einem Abbau des Defizits und der Schulden als

8. Kohäsionsbericht 2022

Anteil des BIP kam. 2008 und vor allem 2009 stiegen danach Defizit und Schulden/BIP auf ihren vorläufigen Höchststand. Bis 2019 wurde das Defizit und die Schulden/BIP reduziert. Mit der COVID 19-Pandemie erhöhte sich der Schuldenstand/BIP durch den Rückgang des BIPs einerseits und durch die höheren Budgetdefizite von 77,2 % 2019 auf 90,1 % 2020.

Im Bericht wird festgehalten, dass sich die öffentlichen Investitionen über die Mitgliedstaaten ungleich entwickelt haben, und sich seit der Krise von 2008/2009 nicht mehr auf Vorkrisenniveau erholt haben. Dabei gebe es Konsens in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur, dass effiziente Regulierung, gut funktionierende, effektive Verwaltung und zielgerichtete öffentliche Investitionen durch Bereitstellung von kritischer Infrastruktur und öffentlichen Diensten essentiell für das Funktionieren moderner Ökonomien sind. Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und damit verbundene Infrastruktur, Transportinvestitionen, Umweltschutz, Forschungs- und Entwicklungsausgaben sind wichtig für nachhaltiges und inklusives Wachstum. Wenn diese Dienste dem Markt unterworfen sind, ist mit signifikanter Unterfinanzierung und sozial unerwünschter Allokation der Mittel zu rechnen.

Kohäsionspolitik erhöht öffentliche Investitionen in den Mitgliedstaaten, besonders in weniger entwickelten EU-Ländern. Von 2008 bis 2019 fielen öffentliche Investitionen jedoch von 4,9 % auf 3,8 % in Kohäsionsländern und von 3,3 % auf 2,9 % in Nicht-Kohäsionsländern. Dabei reduzierte sich das Investitionsvolumen am stärksten in südlichen Mitgliedstaaten, am wenigsten in Nord-West-Europa.

Die **subnationale Ebene** spielt eine zentrale Rolle für öffentliche Investitionen. 58 % aller öffentlichen Investitionen werden auf dieser Ebene getätigt. Dies ist jedoch über die Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und hängt stark von deren staatlicher Struktur ab. Föderale und dezentrale Staaten haben deutlich höhere Ausgaben auf subnationaler Ebene als andere MS. Das Level an öffentlichen Investitionen steigerte sich in Kohäsionsländern zwischen 2004 und 2020, bleibt jedoch unter dem Level der Nicht-Kohäsionsländer.

Indikatoren zur regionalen und lokalen Autonomie im Bereich der Ausgaben und Investitionsentscheidungen zeigen, dass diese Autonomie in Kohäsionsländern signifikant niedriger ist als in Nicht-Kohäsionsländern. Zwar verringerte sich der Abstand zwischen den beiden Ländergruppen von 1990 bis 2010, wuchs aber seit 2010 weiter an.

4.9 Kapitel 9: Der Einfluss der EU-Kohäsionspolitik

Der Kohäsionsmitteleinsatz belief sich in den Jahren 2014 bis 2020 auf rund 355 Mrd. Euro. Um diese hohe Summe zu rechtfertigen, wird im Bericht die EU-Kohäsionspolitik natürlich in den höchsten Tönen gelobt und als Hauptquelle für Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der EU bezeichnet. Gesagt wird allerdings auch, dass die Auswirkungen anderer Politiken auf die Kohäsion recht unterschiedlich seien: ländliche Entwicklung (GAP) und Infrastrukturfonds (CEF) seien förderlich, wohingegen die auf Exzellenz ausgerichteten Forschungsförderungen (Horizon) regionale Unterschiede weniger ausgleichen würden.

8. Kohäsionsbericht 2022

Im EU-Vergleich liegt **Österreich** an 7.-letzter Stelle bezüglich der Pro-Kopf-Förderung durch Kohäsionsmittel (EU-Durchschnitt 112 Euro) in der EU-Förderperiode 2014-2020. Die höchste Pro-Kopf-Förderung erreichten mit 390 Euro einige Regionen in Ungarn und der Slowakei. Gemessen am BIP erhielten die Azoren mit 3,53 % die höchste Förderung, **Wien** lag bei 0,04 %, das Burgenland bei 0,1 %. Inner London, Île de France, Utrecht und Noord-Holland bildeten mit 0,01 % das Schlusslicht. Das Kohäsionsbudget der EU belief sich in der Förderperiode 2014-2020 auf rund 0,3 % des EU-BIP.

Hinsichtlich der Widmung der Mittel ist ein klarer Schwerpunkt auf das Ziel eines sozialen Europas (ein Drittel der Fördermittel) feststellbar. Ein Viertel der Mittel (27 %) ging an Projekte, die an einem „smarten“ Europa arbeiteten, jeweils knapp unter 20 % wurden in ein grünes Europa und Mobilität investiert. Als Ergebnisse in den einzelnen Förderschwerpunkten werden u.a. aufgezählt:

- Es wird davon ausgegangen, dass in der EU-Förderperiode 2014-2020 (Realisierung bis 2023) insgesamt rund zwei Mio. Unternehmen unterstützt werden/wurden, womit das ursprünglich gesetzte Ziel sogar übertroffen wird. Ähnlich erfolgreich war die Förderung bei der Einführung neuer Produkte auf den Markt, wohingegen manche Mitgliedstaaten beim Zugang zu Breitband das Ziel nur schwer erreichen.
- So gut wie alle Mitgliedstaaten haben in nachhaltige Energie investiert, sauberer Nahverkehr in Städten war allerdings viel seltener Inhalt von Projekten. Zum Evaluierungszeitpunkt (Ende 2020) war ein Großteil der gesetzten Zielindikatoren zu „Greener Europe“ nicht einmal zu 50 % erreicht, was damit argumentiert wird, dass es sich meist um Infrastrukturinvestitionen handelte, für die eine besonders lange Planungs- und Umsetzungszeit nötig ist.
- In der Priorität „Connected Europe“ wird zwar erwartet, dass die neu errichteten bzw. verbesserten Straßenkilometer das gesetzte Ziel von insges. rund 15.000 km überschreiten werden, die geplanten 5.260 km verbesserter Schienenkilometer jedoch bei weitem nicht erreicht werden. Eine Tendenz, die sich aus vergangenen EU-Förderperioden fortsetzt, jedoch im Hinblick auf den zu bekämpfenden Klimawandel recht unerfreulich ist.
- Rund 111 Mrd. Euro, hauptsächlich aus dem ESF, wurden in den Schwerpunkt „ein soziales Europa“ investiert, womit bis Ende 2020 45,5 Mio. Europäer*innen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen unterstützt wurden. 5,4 Mio. Arbeitslose konnten wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Investitionen in den Gesundheitsbereich kamen 53,5 Mio. Menschen zugute. 19,8 Mio. Kindern und Jugendlichen profitierten von Investitionen in den Bereichen Kinderbetreuung und Schulinfrastruktur. In den letztgenannten Bereichen wird davon ausgegangen, dass die gesetzten Ziele bis 2023 bei weitem übertroffen werden.
- Für das Ziel „Europe closer to citizens“ wurden bis Ende 2020 insgesamt rund 31 Mrd. Euro ausgegeben, u.a. für die Errichtung oder Sanierung von 15,2 Mio. m² an Freiräumen (bis Ende 2023 werden bis zu 53,4 m² Euro prognostiziert). Auch die Anzahl der öffentlichen oder gewerblichen Bauten, die mit Hilfe von EU-Mitteln in städtischen Gebieten renoviert oder gebaut werden sollen, wird vermutlich das gesetzte Ziel übertreffen.

8. Kohäsionsbericht 2022

- Die Evaluierung der Interreg-Programme zeigt, dass deren Ziele teilweise bereits mit Ende 2020 um ein Mehrfaches überschritten waren. Dies gilt z.B. für die Zahl der in F&E Kooperationen engagierte Unternehmen (24.879, Erfolgsquote 241 %), grenzüberschreitende Kooperation von Forschungsinstitutionen (11.206, Erfolgsquote 495 %) oder grenzüberschreitende Jugendkooperationen (147.535 Teilnehmer*innen, Erfolgsquote 235 %). Der Grund dafür könnte allerdings auch in den zu wenig ehrgeizig formulierten Zielindikatoren liegen.

Eine Aussage zum Einfluss der EU-Kohäsionspolitik auf makro-ökonomischer Ebene zu treffen, ist herausfordernd. Die Monitoring-Daten der Kohäsionsprogramme lassen keinen fundierten Rückschluss auf die Nettogesamtauswirkung auf die Wirtschaft zu. Das Joint Research Center der Europäischen Kommission hat gemeinsam mit der DG REGIO ein eigene makro-ökonomische Modellrechnung entwickelt, um die Effekte der Kohäsionspolitik abbilden zu können. Die Investitionen wurden dafür in sechs Kategorien eingeteilt, wobei die Aufteilung zwischen diesen sechs Bereichen je nach Region und Mitgliedstaat stark variieren. Beispielsweise investierte Rumänien rund 62 % der Mittel in Transport und Infrastruktur, die Niederlande ihrerseits nur 12 %, dafür aber 82 % in F&E und Humankapital.

Die Modellsimulationen zeigen einen ansteigenden positiven Effekt auf das EU-BIP, für 2021 wird es um 0,4 % höher geschätzt als ohne Kohäsionspolitik. Selbst nach 30 Jahren sollen diese Auswirkungen noch in Höhe von 0,2 % merkbar sein. Dies ist vor allem Angebotseffekten zu verdanken, wogegen sich während der Programmlaufzeit eher Nachfrageeffekte auswirken.

Auf regionaler Ebene (2023) wird der stärkste Einfluss in jenen Regionen ausgemacht, die die meisten Fördermittel erhielten: über 5 % in zwei ungarischen Regionen und den Azoren. Allerdings gibt es auch negative Effekte u.a. in einigen niederländischen und italienischen Regionen. Langfristig (2043) profitieren alle Regionen bis zu einem Plus von 2,58 %. In **Österreich** (2023) profitiert **Wien**, nach dem Burgenland, mit einem Plus von 0,11 % am meisten.

4.10 FAZIT

Die Schlussfolgerung des Berichts lautet also, dass die europäische Kohäsionspolitik auf lange Sicht „ihre Geld wert ist“. Die benachteiligten Regionen profitieren, wie bezweckt, am meisten. Während der jeweiligen Programmlaufzeit übersteigen die Kosten noch die positiven Ergebnisse. Langfristig setzen sich diese jedoch fort, wohingegen keine Kosten mehr anfallen. Schätzungen gehen davon aus, dass jeder durch die EU-Kohäsionspolitik investierte Euro nach 15 Jahren 2,7 Euro zusätzliches BIP auf EU-Ebene erzeugt hat, was einer Rendite von 4 % pro Jahr entspräche.

8. Kohäsionsbericht 2022



Mag^a. Andrea van Oers

Telefon: +43 1 4000 27021

Andrea.van-oers@wien.gv.at

Mag^a. Daniela Froihofer

Telefon: +43 1 4000 27041

Daniela.froihofer@wien.gv.at

Philipp Tzaferis, BA MSc

Telefon: +43 1 4000 27019

Philipp.tzaferis@wien.gv.at